

## «Millionen-Erbschaften besteuern für unsere AHV (Erbschaftssteuerreform)»



Medienkonferenz vom 16. August - **Referat von Rosmarie Zapfl-Helbling, Präsidentin von alliance F**  
Lancierung der Initiative „Millionen-Erbschaften besteuern für unsere AHV (Erbschaftssteuerreform)“

### **KMU-freundlich: Keine Gefährdung**

Die ungleiche Verteilung der Vermögen in der Schweiz entspricht nicht einer liberalen Gesellschaft die auf den sozialen Frieden im Land stolz ist. Dieser ist je länger je mehr gefährdet, wenn die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinander geht.

Die Schweizer Wirtschaft ist stark aus KMU-Strukturen heraus gewachsen. Unser Wohlstand hängt massgeblich vom Beitrag der KMUs ab. Für sie ist das Wohlergehen und die Zukunft ihrer ca. 450 000 Mitarbeitenden wichtig. Klein- und Mittelbetriebe sind meist so strukturiert, dass sie all ihr erarbeitetes Geld versteuern. Im Gegensatz dazu sind Erbschaften, auch in Millionenhöhe häufig steuerfrei. Gerade KMUs sind darauf angewiesen, dass zukünftige Sanierungen der AHV nicht mit Lohnkostenanteilen bewältigt werden. Deshalb sind sie damit einverstanden, dass mit einer Eidgenössischen Erbschaftssteuer die nötige Revision der AHV und deren Sanierung für längere Zeit möglich macht. Bundesrat Didier Burkhalter sagt, dass finanzielle Konzepte entwickelt und umgesetzt werden müssen, damit die AHV für kommende Generationen gesichert sei.

Die angestrebte Erbschaftssteuer soll moderat ausgestaltet werden. Das heisst, Einfamilienhausbesitzer können ihr Eigentum bis zu einer Obergrenze von 2 Millionen steuerfrei vererben. Für Familienbetriebe und KMUs gibt es zusätzliche Freigrenzen und reduzierte Steuersätze und was ganz wichtig ist, werden sich doch in den kommenden Jahren viele Kleinunternehmen mit der Nachfolgeregelung befassen. Bauernbetriebe sollen steuerfrei sein und damit verschont bleiben. Gerade dort ist die Nachfolge stark an finanzielle, und auch steuer-technische Bedingungen gebunden.

Mit einer moderaten Erbschaftssteuer wird die Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Wirtschaft erhalten, da der Steuersatz so oder so viel tiefer liegt als in den EU-Mitgliedsländern.

Rosmarie Zapfl-Helbling  
Präsidentin alliance F, alt Nationalrätin CVP, Dübendorf